

Freundschaft

Tageszeitung der sowjetdeutschen Bevölkerung Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Sonnabend, 17. Mai 1980

Nr. 97 (3.726)

Preis 2 Kopeken

Erklärung

Durchdrungen von dem Streben, die Hoffnungen aller Völker der Erde auf eine friedliche Zukunft zu erfüllen, ergreift die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages folgende Initiative:

Sie schlagen vor, in nächster Zeit ein Treffen auf höchster Ebene zwischen den führenden Repräsentanten von Staaten aller Regionen der Welt durchzuführen. In den Mittelpunkt des Treffens soll die Aufgabe gerückt werden, die internationalen Spannungsherde zu beseitigen und die Wege zu einem friedlichen Zusammenleben aller Völker der Erde zu öffnen, die sowohl die europäischen Völker als auch die ganze

Menschheit bewegt. Besondere Aufmerksamkeit soll dabei den Fragen der europäischen Sicherheit und der Erhaltung des Friedens auf dem europäischen Kontinent gewidmet werden.

Ein solches Treffen könnte durch Konsultationen zwischen den Staaten vereinbart werden.

Sie schlagen vor, die Besorgnis die sie hervorruft, die bei Weltkriegen nicht ausgeschöpften Möglichkeiten der Erhaltung des Friedens auf dem europäischen Kontinent zu nutzen, in unsere Tage lehren, daß gerade ein solches Treffen auf höchster Ebene der sicherste Weg zur gegenseitigen Verständigung und zum dauerhaften Frieden ist.

Für die Volksrepublik Bulgarien

Todor SHIWKOW,

Erster Sekretär des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Bulgarien

Für die Ungarische Volksrepublik

Janos KADAR,

Erster Sekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei

Für die Deutsche Demokratische Republik

Erich HONECKER,

Generalsekretär des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Vorsitzender des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik

Für die Polnische Volksrepublik

Edward GIEREK,

Erster Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei

Für die Sozialistische Republik Rumänien

Nicolae CEAUDESCU,

Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei, Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

L. I. BRESHNEW,

Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR

Für die Tschechoslowakische Sozialistische Republik

Gustav HUSAK,

Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Präsident der CSSR, Warschau, den 15. Mai 1980

Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags

Die Volksrepublik Bulgarien, die Ungarische Volksrepublik, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. bis 15. Mai 1980 in Warschau vertreten sind, zogen eine Bilanz der 25jährigen Tätigkeit ihres brüderlichen Verteidigungsbündnisses im Dienste des Friedens und erörterten aktuelle Aufgaben des Kampfes um Entspannung und Sicherheit in Europa, um die Festigung des Weltfriedens.

Der Kampf der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages um Frieden, Sicherheit und Entspannung war und ist stets gekennzeichnet durch Konsequenz und Prinzipienfestigkeit, konstruktives Vorgehen und guten Willen, durch Kühnheit bei der Entwicklung von Initiativen, Realismus in den Verhandlungen sowie durch die Bereitschaft, den legitimen Rechten und Interessen anderer Rechnung zu tragen.

Der gesamte Verlauf der Ereignisse in der Welt in den 25 Jahren seit Unterzeichnung des Warschauer Vertrages und die Erfahrungen seiner Teilnehmerstaaten sind ein überzeugender Beweis dafür, daß in der Welt von heute jeder Fortschritt bei der Festigung der internationalen Sicherheit und Entwicklung des Entspannungsprozesses, im entscheidenden Kampf der Völker aller progressiven und demokratischen Kräfte gegen die imperia-

listische Politik der Stärke und des Diktats, der Konfrontation und Entfaltung von Konflikten des Weltbüstens und der äußeren Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten errungen werden muß. Die große Bedeutung der zielstrebig im internationalen Kräfteverhältnis, die Stärkung der Positionen und des Einflusses des Sozialismus in der Welt, die Erfolge des ant imperialistischen revolutionären Kampfes der Völker und der Kräfte der nationalen Befreiung haben die erforderlichen Bedingungen geschaffen, um im Ergebnis der zielstrebigem Politik der sozialistischen Länder und der Aktionseinheit der friedliebenden Staaten und Völker zu bedeutenden positiven Veränderungen im Gesamtsystem der zwischenstaatlichen Beziehungen zu gelangen und den Frieden und die internationale Sicherheit zu festigen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses würdigten hoch die große Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. bis 15. Mai 1980 in Warschau als Antwort auf die Bildung des NATO-Blocks, auf die verschärfte Kriegsgefahr in Europa und die Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kurs der führenden Kreise dieses Militärblocks auf die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Im Verlaufe dieses ganzen Vierteljahrhunderts lösen unser Brüderbund und die ihm angehörenden Staaten im gemeinsamen Wirken und in Zusammenarbeit mit anderen Ländern, mit allen friedliebenden Kräften zuverlässig und effektiv die lebens-

In herzlicher Atmosphäre

Das Zentralkomitee der KPdP der Staatrats der VR Polen und der Ministerrats der VR Polen gaben am 15. Mai in Warschau einen Empfang anlässlich der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages.

Der Kampf der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages um Frieden, Sicherheit und Entspannung war und ist stets gekennzeichnet durch Konsequenz und Prinzipienfestigkeit, konstruktives Vorgehen und guten Willen, durch Kühnheit bei der Entwicklung von Initiativen, Realismus in den Verhandlungen sowie durch die Bereitschaft, den legitimen Rechten und Interessen anderer Rechnung zu tragen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses würdigten hoch die große Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. bis 15. Mai 1980 in Warschau als Antwort auf die Bildung des NATO-Blocks, auf die verschärfte Kriegsgefahr in Europa und die Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kurs der führenden Kreise dieses Militärblocks auf die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses würdigten hoch die große Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. bis 15. Mai 1980 in Warschau als Antwort auf die Bildung des NATO-Blocks, auf die verschärfte Kriegsgefahr in Europa und die Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kurs der führenden Kreise dieses Militärblocks auf die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Ansprache des Genossen E. Gierek

Sehr geehrte Genossen! Liebe Freundschaft und gegenseitigen Beistand — seinen Namen gab denn das Bündnis, dessen Name den ist, die von den Faschisten zur Vernichtung vorantreibt werden, kann nur ein Bündnis zum Schutze des Friedens sein.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses würdigten hoch die große Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. bis 15. Mai 1980 in Warschau als Antwort auf die Bildung des NATO-Blocks, auf die verschärfte Kriegsgefahr in Europa und die Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kurs der führenden Kreise dieses Militärblocks auf die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses würdigten hoch die große Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. bis 15. Mai 1980 in Warschau als Antwort auf die Bildung des NATO-Blocks, auf die verschärfte Kriegsgefahr in Europa und die Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kurs der führenden Kreise dieses Militärblocks auf die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses würdigten hoch die große Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. bis 15. Mai 1980 in Warschau als Antwort auf die Bildung des NATO-Blocks, auf die verschärfte Kriegsgefahr in Europa und die Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kurs der führenden Kreise dieses Militärblocks auf die Remilitarisierung Westdeutschlands.

über den 60. Gründungstag der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik und der Kommunistischen Partei Kasachstans

Am 26. August 1960 werden die Kasachische Sozialistische Sowjetrepublik und die kommunistische Partei Kasachstans 60 Jahre als ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte der Kasachischen SSR und der Republikparteiorganisation, ein großes Ereignis im gesellschaftlichen und politischen Leben der Republik. Das kasachische Volk und alle Werktätigen des multinationalen Sowjetkasachstans begehen dieses Datum in der Atmosphäre eines großen politischen und Arbeitssieges, ausgelöst durch die feierlichen Anlässe des 60. Jahrestages Wladimir Iljitsch Lenins und des 35. Jahrestages des Sieges des sowjetischen und des großen Vaterländischen Krieges, durch den sozialistischen Weltkampf um die erfolgreiche Realisierung der Beschlüsse des XXV. Parteitages der KPdSU und der Auflagen des zehnten Fünfjahresplans.

Sechs Jahrzehnte lang verwirklichten das kasachische Volk und die Werktätigen der Republik das unsterbliche Vermächtnis Lenins, strebten unter der Leitung der kommunistischen Partei der Sowjetunion und ihres offensiven Trupps — der kommunistischen Partei Kasachstans — sicher auf dem ruhmreichen Weg des Kampfes um die soziale Gerechtigkeit, um die Demokratie der Völker des großen Sowjetlandes und oweisen ihre grenzenlose Treue zu den siegreichen Ideen des Oktober, zur großen Sache der kommunistischen Partei, zu den edlen Prinzipien des proletarischen Patriotismus und sozialistischen Internationalismus, zu der unerschütterlichen Engeleit der Völker der UdSSR als unverwundbaren Quell der unbezwingbaren Kraft und Macht unserer Heimat — der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken.

Die sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Ursprünge der gegenseitigen Zusammenarbeit und Freundschaft des kasachischen Volkes mit dem großen russischen Volk und anderen Völkern des Landes reichen in die Tiefe der Jahrtausende. Vor etwa 250 Jahren begann der freiwillige Anschluß Kasachstans an die russische Reichweite in seiner Geschichte. Die Einheit und die enge Zusammenarbeit seiner Geschichte mit dem russischen Volk vorausbestimmte.

Ungeachtet des reaktionären Wesens der Politik der Zarenherrschaft war der Beitritt Kasachstans zu Rußland ein Schritt zur Befreiung des kasachischen Volkes von der Unterdrückung durch die russische Herrschaft. Die Einheit und die enge Zusammenarbeit seiner Geschichte mit dem russischen Volk vorausbestimmte.

Der Kampf der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages um Frieden, Sicherheit und Entspannung war und ist stets gekennzeichnet durch Konsequenz und Prinzipienfestigkeit, konstruktives Vorgehen und guten Willen, durch Kühnheit bei der Entwicklung von Initiativen, Realismus in den Verhandlungen sowie durch die Bereitschaft, den legitimen Rechten und Interessen anderer Rechnung zu tragen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses würdigten hoch die große Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. bis 15. Mai 1980 in Warschau als Antwort auf die Bildung des NATO-Blocks, auf die verschärfte Kriegsgefahr in Europa und die Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kurs der führenden Kreise dieses Militärblocks auf die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses würdigten hoch die große Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. bis 15. Mai 1980 in Warschau als Antwort auf die Bildung des NATO-Blocks, auf die verschärfte Kriegsgefahr in Europa und die Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kurs der führenden Kreise dieses Militärblocks auf die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses würdigten hoch die große Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. bis 15. Mai 1980 in Warschau als Antwort auf die Bildung des NATO-Blocks, auf die verschärfte Kriegsgefahr in Europa und die Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kurs der führenden Kreise dieses Militärblocks auf die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses würdigten hoch die große Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. bis 15. Mai 1980 in Warschau als Antwort auf die Bildung des NATO-Blocks, auf die verschärfte Kriegsgefahr in Europa und die Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kurs der führenden Kreise dieses Militärblocks auf die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses würdigten hoch die große Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. bis 15. Mai 1980 in Warschau als Antwort auf die Bildung des NATO-Blocks, auf die verschärfte Kriegsgefahr in Europa und die Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kurs der führenden Kreise dieses Militärblocks auf die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses würdigten hoch die große Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. bis 15. Mai 1980 in Warschau als Antwort auf die Bildung des NATO-Blocks, auf die verschärfte Kriegsgefahr in Europa und die Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kurs der führenden Kreise dieses Militärblocks auf die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses würdigten hoch die große Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. bis 15. Mai 1980 in Warschau als Antwort auf die Bildung des NATO-Blocks, auf die verschärfte Kriegsgefahr in Europa und die Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kurs der führenden Kreise dieses Militärblocks auf die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses würdigten hoch die große Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. bis 15. Mai 1980 in Warschau als Antwort auf die Bildung des NATO-Blocks, auf die verschärfte Kriegsgefahr in Europa und die Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kurs der führenden Kreise dieses Militärblocks auf die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Die Rolle der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags

(Anfang S. 1, 3)

des Madrider Treffens tragen eine große Verantwortung dafür, daß es in einer konstruktiven Atmosphäre verläuft.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses sind der Ansicht, daß Möglichkeiten bestehen, das Madrider Treffen mit der Vereinbarung praktischer Schritte zu militärischen und politischen Aspekten der europäischen Sicherheit und zur Entwicklung der Zusammenarbeit auf allen Gebieten abzuschließen. Dafür bedarf es des Willens und der Anstrengungen aller Teilnehmer des Treffens, ihrer Bereitschaft, Möglichkeiten zur Vereinbarung konkreter Schritte zu jedem Abschnitt der Schlußakte zu suchen und zu finden.

Den zentralen Platz unter den Problemen, von denen die Festlegung des Friedens in Europa abhängt, nimmt gegenwärtig das Problem der militärischen Entspannung und Abrüstung auf dem Kontinent ein.

Fortschritte in der militärischen Entspannung in Europa zu erreichen — das ist das objektive und dringlichste Erfordernis. Von entscheidender Bedeutung ist die Festlegung des Zusammenhangs der Festlegung und Erweiterung vertrauensbildender Maßnahmen, die Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt, die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen jedes einzelnen Staates oder von Staatengruppen ausschließlich auf die Erfordernisse der Verteidigung, die Beseitigung von Versuchen zur Erlangung der militärischen Überlegenheit.

Die Teilnehmer der Tagung sind der Meinung, daß die Hindernisse für praktische Lösungen auf dem Gebiet der militärischen Entspannung in Europa gibt und geben kann, wenn alle Seiten dieses Auf dem Bestreben im Angriff nehmen, ihren konstruktiven Beitrag zu leisten.

Beispielgebend für ein solches Herangehen ist die Beschluß der Sowjetunion über den einseitigen Abzug einer bestimmten Anzahl von Truppen und Rüstungen, einschließlich Panzertruppen, aus Mitteleuropa. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die alle ihre positive Haltung zum Friedensprozeß in der UdSSR bereits bei seiner Ankündigung zum Ausdruck brachten, unterstützen auch weiterhin voll und ganz seine Verwirklichung.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterbreiten in ihren gemeinsamen Dokumenten konkretere Vorschläge. Eine solche Konferenz kann zu einem wichtigen Meilenstein bei der Festlegung der Grundlagen des europäischen Friedens, der Verwirklichung der Verpflichtung aller Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz zur Durchsetzung effektiver Maßnahmen auf dem Wege der Verringerung der militärischen Konfrontation und zur Förderung der Abrüstung in Europa werden.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten rufen alle Teilnehmer der Gesamteuropäischen Konferenz zu einer konstruktiven Haltung gegenüber der Konferenz militärischer Entspannung und Abrüstung in Europa auf, damit auf dem Madrider Treffen ein Beschluß über ihre Einberufung gefaßt werden kann. Sie sind bereits bereit, die Vorschläge anderer Staaten zu Fragen der Arbeitsweise und des Inhalts der Konferenz aufmerksam zu prüfen.

Alle Teilnehmer der Tagung unterstützen den Vorschlag der Volksrepublik Polen, die Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa in Warschau durchzuführen, der Stadt, die in den Jahren der schweren Prüfungen des zweiten Weltkrieges größten Heldentum und Selbstaufopferung bewies. Sie bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß der Vorwärtsschritt, der in vielen europäischen Ländern ein positives Echo gefunden hat, allgemeine Unterstützung findet.

Alle Teilnehmer der Tagung vertretenen Staaten sprechen sich dafür aus, bei der Behandlung der Fragen der militärischen Entspannung in Europa die materiellen Möglichkeiten der Teilnehmerstaaten und den Verzicht auf die Stationierung von Kernwaffen auf dem Territorium der europäischen und außereuropäischen nichtkernwaffenbesitzenden Teilnehmerstaaten vorzusehen, was dem Geist der Schlußakte von Helsinki entspricht. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind bereit, die Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz einen Vorschlag abzuschließen, als erste gegeneinander weder nukleare noch konventionelle Waffen anzuwenden.

Sie setzen sich für die Festlegung und Verwirklichung aller Maßnahmen und Vereinbarungen

ein, die auf die Stärkung des politischen und rechtlichen Fundaments für die Einhaltung des Prinzips der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt in Europa gerichtet sind, sowie für spezielle Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheitsgarantien für nichtkernwaffenbesitzende Staaten Europas. Solche Maßnahmen können vorsehen, daß die Kernwaffen nicht in Kernkraftwerken gegen diejenigen europäischen Staaten — unabhängig davon, ob sie militärischen Bündnissen angehören oder nicht — eingesetzt werden, die auf ihrem Territorium keine ausländischen Kernkraftwerke stationiert sind. Diese Staaten haben das Recht, auch Maßnahmen zu ergreifen, die entsprechen dem Prinzip der Nichtanwendung oder Nichtandrohung von Gewalt, kleinerer Waffen eingesetzt werden.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten messen einer so wichtigen Frage wie der Ausarbeitung von Vereinbarungen über nukleare Raketewaffen mit besonderer Bedeutung bei.

Verhandlungen über nukleare Raketewaffen mittlerer Reichweite sind möglich, und die Teilnehmer der Tagung unterstützen die diesbezüglichen Vorschläge der Sowjetunion. Um solche Verhandlungen zu beginnen, ist nur eines erforderlich — den NATO-Beitrag zu der Produktion und der Stationierung neuer Arten amerikanischer nuklearer Raketewaffen in Westeuropa aufzuheben oder zumindest seine Verwirklichung auszusetzen.

Sie geben der Überzeugung Ausdruck, daß wenn sich alle Staaten von den Interessen des Friedens und der Sicherheit der europäischen Völker leiten lassen und den erforderlichen politischen Willen an den Tag legen, bei Aufrechterhaltung des bestehenden annähernden Kriegsgleichgewichts, dessen Existenz noch vor kurzem von den NATO-Ländern anerkannt wurde, nicht nur die weitere gefährliche Verstärkung des nuklearen Wettrenns in Europa verhindert werden kann, sondern auch die Möglichkeit besteht, dieses Gleichgewicht auf einem niedrigeren Niveau zu halten.

Die Völker Europas sind zutiefst an friedensstiftenden Verhandlungen und einer erfolgreichen Durchführung der Verhandlungen über die nuklearen Raketewaffen mittlerer Reichweite, an der Einbeziehung der nichtkernwaffenbesitzenden Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz liegt bereits seit einem Jahr der Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz militärischer Entspannung und Abrüstung in Europa vor, von der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterbreiten in ihren gemeinsamen Dokumenten konkretere Vorschläge.

Eine solche Konferenz kann zu einem wichtigen Meilenstein bei der Festlegung der Grundlagen des europäischen Friedens, der Verwirklichung der Verpflichtung aller Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz zur Durchsetzung effektiver Maßnahmen auf dem Wege der Verringerung der militärischen Konfrontation und zur Förderung der Abrüstung in Europa werden.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten rufen alle Teilnehmer der Gesamteuropäischen Konferenz zu einer konstruktiven Haltung gegenüber der Konferenz militärischer Entspannung und Abrüstung in Europa auf, damit auf dem Madrider Treffen ein Beschluß über ihre Einberufung gefaßt werden kann. Sie sind bereits bereit, die Vorschläge anderer Staaten zu Fragen der Arbeitsweise und des Inhalts der Konferenz aufmerksam zu prüfen.

Alle Teilnehmer der Tagung unterstützen den Vorschlag der Volksrepublik Polen, die Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa in Warschau durchzuführen, der Stadt, die in den Jahren der schweren Prüfungen des zweiten Weltkrieges größten Heldentum und Selbstaufopferung bewies. Sie bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß der Vorwärtsschritt, der in vielen europäischen Ländern ein positives Echo gefunden hat, allgemeine Unterstützung findet.

Alle Teilnehmer der Tagung vertretenen Staaten sprechen sich dafür aus, bei der Behandlung der Fragen der militärischen Entspannung in Europa die materiellen Möglichkeiten der Teilnehmerstaaten und den Verzicht auf die Stationierung von Kernwaffen auf dem Territorium der europäischen und außereuropäischen nichtkernwaffenbesitzenden Teilnehmerstaaten vorzusehen, was dem Geist der Schlußakte von Helsinki entspricht. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind bereit, die Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz einen Vorschlag abzuschließen, als erste gegeneinander weder nukleare noch konventionelle Waffen anzuwenden.

Sie setzen sich für die Festlegung und Verwirklichung aller Maßnahmen und Vereinbarungen

Herbeiführung einer Wende bei der Lösung der Fragen der Begrenzung und Einstellung des Wettrenns, der Verwirklichung konkreter Maßnahmen zur Abrüstung, besonders der nuklearen. Sie sind überzeugt, daß der von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterbreitete weitreichende Komplex von Vorschlägen, die alle Richtungen dieses Problems erfassende sichere Wege hierfür weist. Was die auf der Tagung vertretenen Staaten betrifft, so bekräftigen sie, daß es keine Wartezeit gibt, zu deren Einsetzung und Reduzierung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit sie nicht bereit wären.

Getragen von den hohen Idealen des Sozialismus und Kommunismus, die alle Richtungen der Teilnahme der Staaten vor ihnen Völkern und den Völkern der ganzen Welt erneut ihre Entschlossenheit, ihre Anstrengungen zu verstärken und sich aktiv für die militärische Entspannung, für die Einstellung des Wettrenns und die Abrüstung, einschließlich der Reduzierung von nuklearen Raketewaffen mit ihrer Streitkräfte und Rüstungen, zu kämpfen.

III.

Im Verlauf des Meinungsaustausches zu anderen internationalen Fragen und unter der aktiven Leitung der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Demokratischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Republik, der Volksrepublik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, daß sich ihre Staaten konsequent für die Produktion und dauerhafte friedliche Regelung von Konfliktlösungen einsetzen, in welchem Gebiet der Welt diese auch immer entstehen mögen. Es gibt kein Problem der regionalen, aber noch regionale, die ihres Rechens nicht mit politischen Mitteln gelöst werden könnten. Dies erfordert die strikte Achtung der souveränen Rechte und der Unabhängigkeit aller Staaten, den völligen Verzicht auf eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten, auf die Anwendung von Gewalt, die Beseitigung von Versuchen, eine ausländische Herrschaft über sie zu errichten und sie zu Aufmarschgebieten für Aggressionen gegen andere Länder zu machen.

Schon lange hätte ein dauerhafter Frieden im Nahen Osten hergestellt sein können. Der Weg dorthin — auf den auch die auf der Tagung vertretenen Staaten mehrfach hingewiesen haben — ist bekannt und liegt auf der Hand. Eine politische Regelung im Nahen Osten unter unmittelbarer Teilnahme aller interessierten Seiten, einschließlich des arabischen Volkes von Palästina, in der seines Vertreters der Palästinensischen Befreiungsorganisation — und auf der Grundlage der Achtung der legitimen Interessen aller Völker und Völker im Nahen Osten, einschließlich Israels, besteht.

Diese Regelung erfordert den Abzug der israelischen Truppen von allen 1967 okkupierten arabischen Gebieten und die Wiederherstellung des Rechtes für das arabische Volk von Palästina auf Selbstbestimmung, einschließlich der Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates, der Souveränität und Sicherheit aller Staaten dieses Raumes. Eine politische Regelung im Nahen Osten erfordert ebenfalls, daß keine Handlungen unternommen werden, die die Erreichung dieser Ziele erschweren, daß sich kein Staat in die inneren Angelegenheiten der Länder und Völker dieser Region einmischen darf, daß keine Handlungen unternommen werden, die die Ordnung der Welt beeinträchtigen, und daß kein Staat Ansprüche auf ihre natürlichen Ressourcen erhebt. Und Versuche unternimmt, sich dieser zu bemächtigen.

Die Teilnehmer der Tagung unterstreichen auch die Notwendigkeit einer politischen Regelung der im Nahen Osten entstandenen Lage. Eine solche Regelung muß die vollständige Beseitigung der militärischen Besatzung und die vollständige Wiederherstellung des Rechtes für das Volk von Palästina auf Selbstbestimmung, einschließlich der Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates, der Souveränität und Sicherheit aller Staaten dieses Raumes. Eine politische Regelung im Nahen Osten erfordert ebenfalls, daß keine Handlungen unternommen werden, die die Erreichung dieser Ziele erschweren, daß sich kein Staat in die inneren Angelegenheiten der Länder und Völker dieser Region einmischen darf, daß keine Handlungen unternommen werden, die die Ordnung der Welt beeinträchtigen, und daß kein Staat Ansprüche auf ihre natürlichen Ressourcen erhebt. Und Versuche unternimmt, sich dieser zu bemächtigen.

Die Teilnehmer der Tagung unterstreichen auch die Notwendigkeit einer politischen Regelung der im Nahen Osten entstandenen Lage. Eine solche Regelung muß die vollständige Beseitigung der militärischen Besatzung und die vollständige Wiederherstellung des Rechtes für das Volk von Palästina auf Selbstbestimmung, einschließlich der Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates, der Souveränität und Sicherheit aller Staaten dieses Raumes. Eine politische Regelung im Nahen Osten erfordert ebenfalls, daß keine Handlungen unternommen werden, die die Erreichung dieser Ziele erschweren, daß sich kein Staat in die inneren Angelegenheiten der Länder und Völker dieser Region einmischen darf, daß keine Handlungen unternommen werden, die die Ordnung der Welt beeinträchtigen, und daß kein Staat Ansprüche auf ihre natürlichen Ressourcen erhebt. Und Versuche unternimmt, sich dieser zu bemächtigen.

Im Verlauf des Meinungsaustausches erklärten die Teilnehmer der Tagung ihre Unterstützung für das unveräußerliche Recht des Volkes von Iran, selbständig, ohne irgendwelche Einmischung von außen, sein Schicksal zu entscheiden und seinen Entwicklungsweg zu bestimmen. Außerst entschieden und kategorisch verurteilen sie die kürzlich von den USA unternommene militärische Intervention in Iran, die Beseitigung ausländischer Mil-

itärstützpunkte auf fremden Territorien, die Nichtzulassung jeglicher Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten der Staaten, die Gewährleistung der Rechte der Völker auf freie und unabhängige Entwicklung, die Befreiung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas von imperialistischen, kolonialen und neokolonialistischen Ausbeutung, auf die Schaffung neuer internationalen Wirtschaftsordnung auf gerechter und demokratischer Grundlage gerichtet sind.

Im Zusammenhang mit der besonderen Bedeutung der Überwindung der Kluft in der wirtschaftlichen Entwicklung der Staaten und der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter und demokratischer Grundlage unterstützen die Teilnehmer der Tagung die Wichtigkeit der im Sommer dieses Jahres bevorstehenden Sondertagung der UN-Vollversammlung zu Fragen der neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeit und die Ergebnisse dieser Tagung zu Fortschritten in der gleichzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.

Die Teilnehmer der Tagung bekräftigen ihre Unterstützung für den Vorschlag der Staaten des Indischen Ozeans, dieses Gebiet in eine Friedenszone umzuwandeln, ihre Bereitschaft, mit ihnen zusammenzutreten, und unter der Leitung der Internationalen Konferenz zu Fragen des Indischen Ozeans, deren Einberufung im Rahmen der UNO im Jahre 1981 vorgeschlagen wurde, die Verfestigung der Präsenz und der Aktivitäten der amerikanischen Kriegsschiffe im Indischen Ozean, die Erweiterung der bestehenden neuen internationalen Wirtschaftsordnung, die Förderung der Souveränität und der Unabhängigkeit vieler Länder heraufbeschwört und zur Schaffung eines neuen internationalen Spannungsherd wird.

Die Teilnehmer der Tagung unterstützen konsequent den nationalen Befreiungskampf der Völker gegen den Imperialismus, den Kolonialismus, die Neokolonialisierung, Rassismus, gegen jegliche Formen der Herrschaft, ihren Kampf für die Achtung des Rechtes jedes Volkes auf Selbstbestimmung, sein Streben zu verwirklichen, sich auf dem Weg des Fortschritts zu entwickeln.

Mit Genugtuung begrüßen sie die Proklamation der Unabhängigkeit des Staates Simbabwe als Krönung des langjährigen heldenhaften Kampfes des Volkes dieses Landes gegen das rassistische Apartheidregime. Sie begrüßen auch ein freies und würdiges Leben. Die Teilnehmer der Tagung bekräftigen ihre Solidarität mit dem Volk von Namibia in seinem Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit, mit dem Volk Südafrikas, das für die Beseitigung des Apartheidregimes und der Rassendiskriminierung

IV.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses appellieren anlässlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortlichen aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die angestrengt die gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses appellieren anlässlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortlichen aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die angestrengt die gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses appellieren anlässlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortlichen aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die angestrengt die gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses appellieren anlässlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortlichen aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die angestrengt die gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses appellieren anlässlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortlichen aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die angestrengt die gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses appellieren anlässlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortlichen aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die angestrengt die gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses appellieren anlässlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortlichen aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die angestrengt die gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses appellieren anlässlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortlichen aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die angestrengt die gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses appellieren anlässlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortlichen aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die angestrengt die gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses appellieren anlässlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortlichen aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die angestrengt die gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

Zweitens. Alle Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über die Zusammenarbeit in Europa, die von den höchsten Vertretern von 35 Staaten in Helsinki feierlich unterzeichnet wurde, strikt einzuhalten. Das trifft vor allem auf die Prinzipien zu, zu deren Achtung in ihren gegenseitigen Beziehungen sich die Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz verpflichtet haben: Achtung der Souveränität innewohnenden Rechte; Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt; Unverletzlichkeit der Grenzen; territoriale Integrität der Staaten; friedliche Regelung von Streitfällen; Nichteinmischung in innere Angelegenheiten; Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten; Gleichberechtigung der Selbstbestimmung der Völker; Zusammenarbeit zwischen den Staaten; Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treue und Glauben.

Im Zusammenhang mit der besonderen Bedeutung der Überwindung der Kluft in der wirtschaftlichen Entwicklung der Staaten und der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter und demokratischer Grundlage unterstützen die Teilnehmer der Tagung die Wichtigkeit der im Sommer dieses Jahres bevorstehenden Sondertagung der UN-Vollversammlung zu Fragen der neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeit und die Ergebnisse dieser Tagung zu Fortschritten in der gleichzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.

Die Teilnehmer der Tagung bekräftigen ihre Unterstützung für den Vorschlag der Staaten des Indischen Ozeans, dieses Gebiet in eine Friedenszone umzuwandeln, ihre Bereitschaft, mit ihnen zusammenzutreten, und unter der Leitung der Internationalen Konferenz zu Fragen des Indischen Ozeans, deren Einberufung im Rahmen der UNO im Jahre 1981 vorgeschlagen wurde, die Verfestigung der Präsenz und der Aktivitäten der amerikanischen Kriegsschiffe im Indischen Ozean, die Erweiterung der bestehenden neuen internationalen Wirtschaftsordnung, die Förderung der Souveränität und der Unabhängigkeit vieler Länder heraufbeschwört und zur Schaffung eines neuen internationalen Spannungsherd wird.

Die Teilnehmer der Tagung unterstützen konsequent den nationalen Befreiungskampf der Völker gegen den Imperialismus, den Kolonialismus, die Neokolonialisierung, Rassismus, gegen jegliche Formen der Herrschaft, ihren Kampf für die Achtung des Rechtes jedes Volkes auf Selbstbestimmung, sein Streben zu verwirklichen, sich auf dem Weg des Fortschritts zu entwickeln.

Mit Genugtuung begrüßen sie die Proklamation der Unabhängigkeit des Staates Simbabwe als Krönung des langjährigen heldenhaften Kampfes des Volkes dieses Landes gegen das rassistische Apartheidregime. Sie begrüßen auch ein freies und würdiges Leben. Die Teilnehmer der Tagung bekräftigen ihre Solidarität mit dem Volk von Namibia in seinem Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit, mit dem Volk Südafrikas, das für die Beseitigung des Apartheidregimes und der Rassendiskriminierung

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses appellieren anlässlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortlichen aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die angestrengt die gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses appellieren anlässlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortlichen aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die angestrengt die gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses appellieren anlässlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortlichen aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die angestrengt die gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses appellieren anlässlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortlichen aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die angestrengt die gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses appellieren anlässlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortlichen aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die angestrengt die gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses appellieren anlässlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortlichen aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die angestrengt die gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

über den Abschluß eines Weltvertrages über die Nichtanwendung von Gewalt.

— über die Einstellung der Produktion von Kernwaffen und die allmähliche Reduzierung ihrer Vorräte bis zu ihrer vollständigen Liquidierung.

— über das Verbot der Entwicklung neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen;

— über die Reduzierung der Militärbudgets, vor allem der Großmacht.

Kein einziger Staat, keine einzige Regierung hat überzeugende Motive dafür, Verhandlungen zu diesen Problemen auszuwickeln und kann sie nicht haben. Das Gewissen der Menschheit darf sich nicht damit abfinden, daß eine Möglichkeit für die Lösung dieser Probleme im Interesse aller Menschen ungenutzt bleibt.

Es ist ebenfalls notwendig, ohne weitere Verzögerung neue internationale Anstrengungen unternommen, um ein Verbot der Anwendung von Kernwaffen für alle Zeiten, den Verzicht aller Staaten auf die Anwendung von Kernwaffen in ihren gegenseitigen Beziehungen zu erreichen sowie die Beseitigung ausländischer Militärstützpunkte und den Abzug der Truppen von fremden Territorien, die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen und die Errichtung von kernwaffenfreien Zonen und Friedenszonen in den verschiedenen Gebieten der Welt, darunter in Europa, zu beschließen.

Siebentens. Im Interesse des Friedens und der Stabilisierung der internationalen Lage ebenso wie im Interesse der Gewährleistung einer sicheren und ungehinderten Nutzung der wichtigsten internationalen Seewege mit der Erörterung — zum Beispiel im Rahmen der UNO — der Frage der Einschränkung und Verringerung der militärischen Präsenz und der militärischen Aktivitäten in den jeweiligen Gebieten, sei es im Atlantischen, im Indischen oder im Stillen Ozean, im Mittelmeer oder im Persischen Golf, zu beschließen.

Mit der Unterbreitung dieser Vorschläge bringen die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die Hoffnung zum Ausdruck, daß sie von den Regierungen der Staaten in Europa und der Welt positiv aufgenommen und aufmerksam geprüft werden und seitens der Regierungen wie auch der europäischen und der Weltöffentlichkeit breite Unterstützung finden. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind zu Kontakten und zum Dialog über den Inhalt dieser Vorschläge mit den Regierungen der Staaten in Europa und der Welt positiv aufgenommen und aufmerksam geprüft werden und seitens der Regierungen wie auch der europäischen und der Weltöffentlichkeit breite Unterstützung finden.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten in Europa und der Welt positiv aufgenommen und aufmerksam geprüft werden und seitens der Regierungen wie auch der europäischen und der Weltöffentlichkeit breite Unterstützung finden. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind zu Kontakten und zum Dialog über den Inhalt dieser Vorschläge mit den Regierungen der Staaten in Europa und der Welt positiv aufgenommen und aufmerksam geprüft werden und seitens der Regierungen wie auch der europäischen und der Weltöffentlichkeit breite Unterstützung finden.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten in Europa und der Welt positiv aufgenommen und aufmerksam geprüft werden und seitens der Regierungen wie auch der europäischen und der Weltöffentlichkeit breite Unterstützung finden. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind zu Kontakten und zum Dialog über den Inhalt dieser Vorschläge mit den Regierungen der Staaten in Europa und der Welt positiv aufgenommen und aufmerksam geprüft werden und seitens der Regierungen wie auch der europäischen und der Weltöffentlichkeit breite Unterstützung finden.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten in Europa und der Welt positiv aufgenommen und aufmerksam geprüft werden und seitens der Regierungen wie auch der europäischen und der Weltöffentlichkeit breite Unterstützung finden. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind zu Kontakten und zum Dialog über den Inhalt dieser Vorschläge mit den Regierungen der Staaten in Europa und der Welt positiv aufgenommen und aufmerksam geprüft werden und seitens der Regierungen wie auch der europäischen und der Weltöffentlichkeit breite Unterstützung finden.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten in Europa und der Welt positiv aufgenommen und aufmerksam geprüft werden und seitens der Regierungen wie auch der europäischen und der Weltöffentlichkeit breite Unterstützung finden. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind zu Kontakten und zum Dialog über den Inhalt dieser Vorschläge mit den Regierungen der Staaten in Europa und der Welt positiv aufgenommen und aufmerksam geprüft werden und seitens der Regierungen wie auch der europäischen und der Weltöffentlichkeit breite Unterstützung finden.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten in Europa und der Welt positiv aufgenommen und aufmerksam geprüft werden und seitens der Regierungen wie auch der europäischen und der Weltöffentlichkeit breite Unterstützung finden. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind zu Kontakten und zum Dialog über den Inhalt dieser Vorschläge mit den Regierungen der Staaten in Europa und der Welt positiv aufgenommen und aufmerksam geprüft werden und seitens der Regierungen wie auch der europäischen und der Weltöffentlichkeit breite Unterstützung finden.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten in Europa und der Welt positiv aufgenommen und aufmerksam geprüft werden und seitens der Regierungen wie auch der europäischen und der Weltöffentlichkeit breite Unterstützung finden. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind zu Kontakten und zum Dialog über den Inhalt dieser Vorschläge mit den Regierungen der Staaten in Europa und der Welt positiv aufgenommen und aufmerksam geprüft werden und seitens der Regierungen wie auch der europäischen und der Weltöffentlichkeit breite Unterstützung finden.

Unsere Anschrift: 473027 Kazanskaya SSSR, g. Chelnygorad, Dom Sovetov, 7-й этаж, «Фрейдштат»

TELEFONE: Chefredaktion — 2-19-09, stellvertretende Chefredaktion — 2-17-07, 2-06-49, Sekretariat — 2-19-20, Informationspropaganda, Redaktion — 2-18-23, Sozialistische Weltbewegung — 2-17-43, Kultur — 2-18-23, Leserservice — 2-77-41, Maschinenschreibbüro — 2-17-07, 2-06-49, Chef vom Dienst — 2-76-36, Masseurarbeit — 2-76-36, Wirtschaft — 2-17-43, Kommunale Betriebsverwaltung — 2-79-34, Korrektor — 2-77-02

KORRESPONDENTENBÜROS: Alma-Ata, Tel. 42-43-21, Kasan, Tel. 5-91-34, Dshambul, Tel. 5-19-42

«ФРОЙНШТАТ» ИНДЕКС 65414. Типография издательства Ленинградского обкома Компартии Казахстана. Заказ 8505, УИ 00321.

Redaktionskollegium Herausgeber: «Sozialist Kasachstan»